Zwischen Empathie-Versprechen und theoretischen Fallstricken: Antisemitismuskritische Betrachtung des „Trialog“-Formats

Ein Kommentar zur Veranstaltung am 27. August 2026 in der Cäcilienschule Oldenburg

Enno Gesierich

Am 27. August 2026 veranstaltete das Ökumenische Zentrum Oldenburg e.V. in der Aula der Cäcilienschule Oldenburg eine Vortragsveranstaltung zum Projekt „Trialog“, vertreten durch den Publizisten Shai Hoffmann. Der Einladungstext versprach, den auf der Öffnung von Begegnungsräumen fußenden, multiperspektivischen Rahmen vorzustellen, den Hoffmann und seine Trialog-Partnerin Hassoun entwickelt haben, um die extremen emotionalen Erschütterungen im Nachgang des 7. Oktober 2023 pädagogisch aufzufangen. Wer dem Vortrag und der anschließenden Fragerunde beiwohnte, erlebte – zumindest während der Anwesenheit des Autors dieses Kommentars – ein tiefes, aber durchgehend von respektvollem Austausch getragenes Spannungsverhältnis: auf der einen Seite ein zweifellos von humanistischer Motivation getragener pädagogischer Aufwand, auf der anderen Seite ein theoretisches Fundament, dessen Anwendung im Klassenraum in gefährliche Abwege münden kann.

Es wäre unredlich, die Qualitäten des von Hoffmann vertretenen Ansatzes zu ignorieren. Sein Wunsch, Jugendlichen in Phasen hoher Reizbarkeit und Polarisierung nicht mit repressiven Maßnahmen oder Schweigegeboten zu begegnen, verdient grundsätzlich Anerkennung. Das Prinzip des *Braver Space* setzt darauf, verunsicherte Schülerinnen und Schüler in affektiv aufgeladenen Situationen als Subjekte ernst zu nehmen, ihnen Stimmen zu verleihen und emotionale Blockaden aufzubrechen. Hoffmanns persönliche Zugewandtheit und der Wille, Gesprächsräume auch dort offenzuhalten, wo Fronten verhärtet sind, zeugen von einem ausgeprägten pädagogischen Ethos.

Die Schwächen des Formats sind jedoch nicht in erster Linie methodischer Natur; sie entspringen direkt den theoretischen Paradigmen, auf denen der „Trialog“ aufbaut. Wer den Nahostkonflikt und die Reaktionen an deutschen Schulen primär über postkoloniale und dekonstruktivistische Diskurse verhandelt, gerät zwangsläufig in analytische Schieflagen.

1. Relativierung der Shoah durch „multidirektionales Erinnern“

Die Gegenüberstellung biografischer Narrative – etwa der Nakba-Erfahrung einerseits und des Überlebens des Holocausts andererseits – folgt dem von Michael Rothberg geprägten Konzept des multidirektionalen Erinnerns. Wie Ingo Elbe (*Antisemitismus und postkoloniale Theorie*, 2024) aufzeigt, führt diese Einebnung im pädagogischen Raum zu einer „Litanei des geteilten Leids“, die einen „universell drapierte[n] moralisierende[n] Diskurs über unterschiedslose Opferschaft“ (Dan Diner) bewirkt und die Spezifik historischer Ereignisse einebnet. Der historisch einzigartige, industriell organisierte Massenmord der Shoah wird moralisch mit den Folgen des von arabischer Seite am Tag der Staatsgründung Israels (14. Mai 1948) begonnenen und verlorenen Angriffskrieges gleichgesetzt. Diese Derealisierung verwischt die historische Spezifik und verleitet Jugendliche dazu, den Holocaust lediglich als ein weiteres historisches Unrecht unter

vielen zu begreifen. In dieser Variante von Erinnerungskultur wird die „Nakba“ als eine Art Spätfolge des Holocaust kausal eingereiht und lässt so die Palästinenser[1] als Opfer der Opfer erscheinen.

2. Täter-Opfer-Umkehr und Dethematisierung dschihadistischer Ideologie

In den Ausführungen des Referenten wurde das Agieren der Hamas im Großen und Ganzen teils unmittelbar, teils indirekt in einen Kontext narrativer Muster wie „56 Jahre Besatzung“, Ohnmacht und reaktiver Gewalt eingeordnet. Matthias Küntzel (*Der 7. Oktober und die Shoah*, 2025) legt demgegenüber dar, dass der Massenmord vom 7. Oktober kein bloßes Ausbruchsphänomen eines „Traumas“ war, sondern die konsequente Ausführung eines erlösungsantisemitischen, dschihadistischen Vernichtungswahns. Wer diesen explizit weltanschaulichen Kern verschweigt oder soziologisiert, entzieht der Hamas ihre Agency und betreibt im Ergebnis eine Täter-Opfer-Umkehr, die den genozidalen Hass als verständlichen Widerstand umdeutet.

3. Begriffliche Einebnung des Antisemitismus im Antirassismus-Paradigma

„Trialog“ neigt dazu, Antisemitismus als eine bloße Unterform in einer allgemeinen Matrix von „Rassismus und Diskriminierung“ zu verhandeln. Auch hier verdeutlicht Elbe (2024) das Missverständnis: Während Rassismus ein Gegenüber zur abgewerteten Minderheit herabstuft, phantasiert der Antisemitismus sein Opfer als übermächtige, unsichtbare und böse Weltverschwörung. Indem der antisemitische Wahn auf eine Stufe mit klassischen Ressentiments gestellt wird, verliert die Pädagogik den Blick für die spezifische Funktionsweise des israelbezogenen Judenhasses – insbesondere in migrantischen oder islamisch geprägten Milieus.

4. Derealisierung durch Emotionalisierung und ungesteuerte „Braver Spaces“

Stephan Grigat und Karin Stögner (*Projektiver Antizionismus*, 2025) warnen vor Diskursräumen, in denen Gefühle über Fakten gestellt werden. Wenn affektive Befindlichkeiten den Vorrang vor geschichtlicher Realität erhalten, verwandelt sich der Raum in ein Feld, in dem der projektive Antizionismus – Israel als „Jude unter den Staaten“ – unhinterfragt reproduziert werden kann.

In der Praxis führt diese theoretische Aufweichung zu dramatischen Befunden. Hoffmann schilderte selbst, wie nach dem 7. Oktober der Raum von antizionistischen Betroffenheitsbekundungen beherrscht wurde – zu 90 % getragen von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte. Wenn eine Schulklasse von einem antisemitisch aufgeladenen Gruppendruck dominiert wird, kollabiert das Konzept der Ambiguitätstoleranz.

Ein jüdischer Jugendlicher in einer solchen Klasse bspw. kann sich in einem auf bloße Gefühlsauswertung ausgerichteten Rahmen nicht sicher bewegen. Will er seine Perspektive einbringen, gerät er sofort in die Rolle des Rechtfertigers für den israelischen Staat.

Wenn ungefilterte Parolen aus TikTok oder dem Elternhaus im Stuhlkreis als „valide Emotionen“ im Raum stehen gelassen und nicht sofort faktisch und normativ korrigiert werden, wirkt das Format nicht deeskalierend, sondern legitimierend. Der Antizionismus wird als zulässige Mehrheitsmeinung normalisiert.

Dass Hoffmann im Verlaufe der Fragerunde einräumen musste, zeitweise längere Pausen gebraucht zu haben, weil er das leidvolle Ausblenden des 7. Oktobers psychisch nicht mehr aushalten konnte, legt das Scheitern der Methode offen. Wenn selbst der geschulte Referent im affektiven Sturm untergeht, ist das Format für den Schulalltag schlicht ungeeignet. Die Diskussion nach dem Vortrag illustrierte diesbezügliche Schwierigkeiten des theoretischen Fundaments des „Trialogs“ und seiner Durchführung. Hoffmann: „Haben Sie sich mal Statistiken angeguckt von

[1] Eine solche nationale Identität und Selbstbezeichnung wird hierbei oft rückwirkend auf die im Mandatsgebiet lebenden Araber projiziert, ohne die divergierenden Interessen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure der Region zu berücksichtigen, die einer eigenen palästinensischen Staatsbildung im Weg standen.

mentaler Gesundheit unter Schülerinnen und Schülern? Wir haben ein Riesenproblem. Wenn wir das nicht angehen. Das heißt, die Emotionen, die psychischen Gegebenheiten von Schülern und Schülerinnen, die sind so desolat im Raum Schule, dass wir nicht hinkommen können und sagen können, du musst jetzt so über Juden denken und das, was du sagst, wenn du Israel kritisierst, das ist Antisemitismus. Das ist nicht der richtige Ansatz, glaube ich. Die Emotionen sind da und wir müssen irgendwie lernen, damit umzugehen." [Applaus während des letzten Satzes] Damit umzugehen darf nicht heißen, bei der Emotion stehenzubleiben. Weil eine Lerngruppe keine Therapiegruppe und Lehrkräfte keine hauptberuflichen Psychotherapeuten sind, kann die Arbeit mit den teils wahnhaften Welterklärungen, die sich aus unterschiedlichen Quellen speisen und die Gefühlswelt mancher Beteiligter womöglich begründen, nicht im Format „Trialog" geleistet werden.

Doch nur Monoperspektivität?

Der eingangs erwähnte Einladungstext und das Projekt „Trialog" klingen für viele Schulleitungen und Lehrkräfte sicherlich verlockend: Nah-Ost-Konflikt ohne *eigenen* Konflikt, ohne sich selbst aus dem sprichwörtlichen Fenster zu lehnen und angreifbar zu machen, ohne den Schulfrieden zu gefährden und dennoch Bilder für die Schulhomepage und vielleicht einen Artikel für die Lokalzeitung zu generieren. Man tut etwas! Zu schön um wahr zu sein?

Zu schön um wahr zu sein: Dem Format fehlen aus theoretisch konzeptionellen oder persönlichen Gründen wesentliche Aspekte bzw. zumindest *eine* weitere Perspektive, um von *Multi*perspektivität sprechen zu können. Denn sowohl Hoffmann als auch seine leider zum Veranstaltungstermin erkrankte Trialog-Partnerin Hassoun vertreten eine sehr ähnliche – vorsichtig formuliert – *israelkritische* Perspektive. Mit diesem verengten Blick, der gewiss von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, werden Schülerinnen und Schüler im „Trialog" konfrontiert und mangels Alternativen wahrscheinlich davon überwältigt. Das zum Projekt bereitgestellte Vorbereitungsmaterial positioniert sich entsprechend, sodass davon auszugehen ist, dass auch in den Trialog-Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern eine Perspektive der Solidarität mit Israel, die das menschliche Leid auf beiden Seiten des Konflikts berücksichtigt und seine Verursacher adäquat benennt, fehlt oder nur nebenbei erwähnt bleibt. Auf diese Weise entsteht gar nicht die Ambiguität, die man tolerieren lernen müsste. Die fehlende Perspektive des „Trialogs" müsste das Publikum – Schülerinnen und Schüler – selbst beitragen. Das jedoch setzt gerade die politische und historische Bildung, Demokratiebildung, Medienkompetenz und das Reflexionsvermögen schon voraus, zu denen Veranstaltungen wie „Trialog" erst beitragen sollten. Es ist zu befürchten, dass durch diese systematische Einseitigkeit – entgegen der Hoffnung vieler Lehrkräfte und Schulleitungen – eher extreme Positionen der Dämonisierung und Delegitimierung der einzigen Demokratie des Nahen Ostens zementiert oder überhaupt erst hervorgerufen werden.

Eine Rolle spielt dabei auch die Tendenz zur Relativierung oder Abwehr von Kritik an religiös inspiriertem Judenhass. Hoffmann sieht den Antisemitismus in der muslimischen Community richtigerweise als Teil des gesamtdeutschen Antisemitismus-Problems an. Jugendliche radikalisierten sich „im Internet" mit islamistischen Inhalten. „Wir haben ein riesen Antisemitismusproblem in Deutschland. […] Der 7. Oktober hat das total katalysiert. […] Und es ist mir auch wichtig zu sagen, dass, wenn ich sage, wir haben ein Antisemitismusproblem in der Gesamtgesellschaft, dann schließt das im Übrigen auch logischerweise Muslime und Musliminnen ein. Musliminnen und Muslime sind Teil der deutschen Gesellschaft. Und ich finde es ganz, ganz schwierig, wenn wir jetzt anfangen, Muslime und Juden gegeneinander auszuspielen. […] Das führt uns zu nichts. [Applaus] Das führt zu noch mehr Ausgrenzung, vielleicht von Musliminnen und Muslimen, die sowieso schon auch Rassismus erfahren, genauso wie Juden und Jüdinnen Antisemitismus erfahren. [Applaus] Aber das ist auf einer anderen Ebene und ich würde das gar nicht vergleichen wollen, weil Diskriminierung ist schlimm für jeden Menschen, auch für Menschen mit Behinderung ist Diskriminierung schlimm, auf ihre Art und Weise. Aber dass eine Fatma sich zehnmal mehr bewerben muss für eine Wohnung, weil sie Kopftuch trägt und Fatma ein türkischer Name ist, ist ein Rassismus, den wir ernst nehmen müssen." Neben dem auch

ernstzunehmenden Antisemitismusproblem: Z.B. „Jude“ als Schimpfwort auf Schulhöfen und „Judenschluck“ als Bezeichnung des letzten Schlucks in einer Flasche. Mit der grundsätzlichen Diagnose des gesamtdeutschen Problems von Antisemitismus hat Hoffmann dabei gewiss recht. Der weit über die muslimische Community hinaus für antisemitischen Hass fruchtbare Boden muss deshalb in der Gesamtbevölkerung durch Aufklärung – offen für Emotionen, die aber *nicht gleichwertig* neben Tatsachen und historischen Fakten stehen (bleiben) dürfen – und Ideologiekritik dekontaminiert werden, um für eine pluralistische Demokratie und offene Gesellschaft tragfähig zu sein, in der Jüdinnen und Juden nicht auf gepackten Koffern sitzen müssen.

Wer aufrichtig an der Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland interessiert ist, muss die Wirklichkeit anerkennen und auf dieser Grundlage seine Arbeit fußen lassen. Dazu gehört auch der Umstand, dass antisemitische Einstellungen in mehrheitlich muslimischen Ländern deutlich größere Verbreitung hat als unter Muslimen in Deutschland. Dieses empirische Datum anzuerkennen und gleichzeitig das Recht von Muslimen in Deutschland zu verteidigen, nicht aufgrund ihres Glaubens gegenüber anderen benachteiligt zu werden, könnte einen Ansatz zur Ambiguitätstoleranz bilden.

Licht und Tunnel

Trotz dieser ernüchternden Diagnose hinterließ die Veranstaltung in der Cäcilienschule einen Grund zur Hoffnung. Dieser lag nicht in den Antworten von der Bühne, sondern in der Haltung der Fragestellenden aus dem Publikum, die auf Licht am Ende des Tunnels der Demokratiebildung gegen Antisemitismus hindeutet.

Zahlreiche Lehrkräfte zeigten durch ihre genauen, teils bohrenden Nachfragen, dass sie ihr Mandat zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) ernst nehmen. Sie hinterfragten die Relativierung der Shoah, forderten klare Kante gegen den dschihadistischen Antisemitismus und weigerten sich, geschichtliche Fakten einer diffusen Befindlichkeitspädagogik zu opfern. Diese Pädagoginnen und Pädagogen beweisen Zivilcourage: Sie machen deutlich, dass sie nicht gewillt sind, Antisemitismus zu dulden – ganz gleich, ob er von rechts, aus der Mitte, aus linken Antiimperialismus- und Postkolonialismus-Zirkeln oder aus migrantischen Peergroups an sie herangetragen wird. Während die Reaktionen des Referenten die problematischen Annahmen des Formats aufzeigten, bewies ein Großteil der Fragesteller, dass an unseren Schulen eine wache, wehrhafte Praxis existiert. Auf diesen Lehrkräften, die den Beutelsbacher Konsens nicht als Neutralitätsfalle, sondern als Auftrag zur Erziehung zur Mündigkeit verstehen, ruht die Hoffnung für eine aufklärerische Schulkultur.

Dennoch bleibt auch ein bitterer Nachgeschmack, der den Blick auf die tiefen Schieflagen der aktuellen Bildungs- und Debattenkultur freilegte. Während der Veranstaltung verfehlte ein beträchtlicher Teil des Publikums die nötige kritische Distanz: Wann immer scharfe Kritik an der israelischen Regierung laut wurde, das Stichwort „antimuslimischer Rassismus“ fiel oder Warnungen vor einer rechten Regierung artikuliert wurden, brauste zustimmender Applaus durch die Aula.

Dass zeitgleich der progressive und linke Antizionismus sowie die weltweite Querfront mit islamistischen Kräften – Phänomene, die von vielen Jüdinnen und Juden weltweit als mindestens ebenso unmittelbare Bedrohung für ihr Leben wahrgenommen werden wie die extrem Rechten – völlig unerwähnt blieben, störte im Saal kaum jemanden merklich. Dieser blinde Fleck enthüllt, wie tief ideologische und psychologische Abwehrmechanismen in einem bildungsbürgerlichen Rahmen verankert sind.

Die Beweggründe für diesen kollektiven Reflex im Publikum lassen sich als Zusammenspiel verbreiteter Muster deuten. Für ein vorwiegend akademisches und linksliberales Publikum bietet die lautstarke Erregung über den jüdischen Staat und das solidarische Einstehen für vermeintlich subalterne Gruppen ein effektives, narzisstisches Belohnungssystem. Das Ausagieren moralischer Entrüstung erzeugt kollektive Hochgefühle und stiftet unmittelbare Zugehörigkeit

(„Wir gehören zu den Guten“). Der Antizionismus fungiert dabei als emotionale Integrationsideologie, die verunsicherte Milieus im gemeinsamen Affekt zusammenschweißt.

Das Publikum zeigte sich in weiten Teilen gefangen in einem vereinfachten Schwarz-Weiß-Schema. Israelis und Juden werden in diesem Diskurs pauschal als „weiß“, privilegiert und somit als „imperiale Unterdrücker“ verortet. Palästinenser und Muslime hingegen werden rein als entscheidungs- und handlungsunfähige Opfer gerahmt. Diese Binarität zwingt dazu, die dschihadistische, antisemitische und patriarchalische Realität der Hamas auszublenden, um das eigene manichäische Weltbild nicht zu gefährden.

In der Schärfe der Kritik an Israel manifestiert sich womöglich nach wie vor ein spezifisch deutsches Bedürfnis nach Entlastung von der NS-Vergangenheit (*sekundärer Antisemitismus*). Indem dem jüdischen Staat reflexhaft Völkermord oder Apartheid unterstellt werden, wird die historische Schuld der Tätergesellschaft auf das Opfer projiziert. Der Jubel über die Anklage Israels ist der emotionale Ausdruck des Erlösungsversprechens: Wenn die Juden „auch nicht besser“ sind, ist die deutsche Schuld endlich abgegolten.

Die Beschwörung des „antimuslimischen Rassismus“ diente im Saal schlicht als Diskursblockade. Durch die Gleichsetzung von Antisemitismus mit allgemeinem Rassismus wird der Judenhass begrifflich so umdefiniert, dass er exklusiv von der autochthonen „Dominanzkultur“ ausgehen kann. Das Ansprechen von migrantischem oder islamischem Antisemitismus wird so (tendenziell) im Keim als „rassistisch“ tabuisiert – eine Strategie, die es erlaubt, das Bündnis mit reaktionären Kräften vor jeglicher Selbstreflexion zu schützen. Es ist also vielleicht doch eher Tunnel am Ende des Lichts übrig.

So bleibt das Fazit der Oldenburger Veranstaltung zwiespältig: Auf der einen Seite stehen wache Lehrkräfte, die bereit sind, im Klassenzimmer für die Werte der Aufklärung und der FDGO zu stehen. Auf der anderen Seite steht ein Debattenmilieu, dessen Applaus an diesem Abend bewies, wie verlockend die Schleichwege der Schuldabwehr und des projektiven Antizionismus nach wie vor sind.